

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 81 (2003)
Heft: 2

Artikel: Verkäuferinnen, Chauffeure und linke Politik
Autor: Baumann, Beat
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341757>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Verkäuferinnen, Chauffeure und linke Politik

Die fast 50-prozentige Unterstützung für die Asyl-Initiative der SVP kann als Votum gegen Flüchtlinge und eine offene und solidarische Schweiz interpretiert werden. Es tobe ein Kulturkampf – so die Einschätzung von Georg Kohler¹ –, der jetzt geführt werden müsse und bei welchem die CVP und FDP entschieden gegen die SVP und die Zerstörung der politischen

Beat Baumann

Kultur und den Zukunftsmöglichkeiten der Schweiz auftreten müssten. Besonders enttäuschend mag sein, dass die Initiative auch bei linken Wählerinnen und Wählern eine gewisse Unterstützung fand. Engagierte Bürgerinnen und Bürger wenden sich frustriert und angewidert von der Politik ab, da sie hinter diesem Abstimmungsverhalten fremdenfeindliche und nur langfristig veränderbare Einstellungen vermuten.

Ich gehe in diesem Artikel von einer anderen These aus. In diesem Abstimmungsverhalten kommen Verunsicherung, Protest und Projektion eigener Existenzängste zum Ausdruck, die mit der Unzufriedenheit über eine zunehmend ungerechte Verteilungssituation zu tun haben. Die ökonomische Lage der Ärmsten, aber auch der unteren Mittelschicht, der Verkäuferinnen und der Chauffeure hat sich in den vergangenen Jahren massiv verschlechtert. Im neoliberalen Projekt wird

eine grössere Ungleichheit in Kauf genommen, weil eine prosperierende Wirtschaft nur über eine finanzielle Entlastung der Unternehmen und Grossverdiener zu erzielen sei. Das galt lange Zeit als starkes Argument gegen eine politische Aufwertung der sozialen Gleichheit, auch in Kreisen der Sozialdemokratie². Nun ist die Nebenwirkung der neoliberalen Medizin – eine grössere Ungleichheit – zwar eingetreten, nur blieb leider deren Wirkung – Wirtschaftswachstum und mehr Wohlstand für alle – aus.

Liegt hier ein Ansatzpunkt einer linken Politik mit der sozialen Gleichheit als zentralem Wert? Die Kunst der Politik bestünde in einer Verbindung des Interesses der unteren Mittelschicht an einer Einkommensumverteilung mit dem Anliegen der linksliberalen Mittelschicht, allen gesellschaftlichen Gruppen, unabhängig von Geschlecht, Sexualität, Aufenthaltsstatus, Nationalität usw., die gleiche Anerkennung zukommen zu lassen³.

Massive Umverteilung in den 90er Jahren

Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist die Beobachtung und Bestätigung eines allgemeinen Eindrucks, dass es in den 90er

² Mahnkopf, Birgit (2000): Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit. Zur Neuinterpretation der sozialen Frage im globalen Kapitalismus; in PROKLA Nr. 4.

³ Fraser, Nancy (2002): Soziale Gerechtigkeit in der Wissensgesellschaft: Umverteilung, Anerkennung und Teilhabe; in Heinrich-Böll-Stiftung (Hrs.), Gut zu Wissen – Links zur Wissensgesellschaft, Verlag Westfälisches Dampfboot.

¹ Georg Kohler im Tages-Anzeiger vom 24. November 2002.

Jahren zu einer unerwünschten Umverteilung der Einkommen gekommen ist. Eine im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco) erstellte Studie belegt eine zunehmende soziale Ungleichheit bei den Haushalten⁴. Die Autoren stützen sich auf Daten der Verbrauchserhebung 1990 sowie der Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998 des Bundesamtes für Statistik. Sie berechnen das Einkommen pro Äquivalenzperson⁵ für die Jahre 1990 und 1998 und teilen die Haushalte im Erwerbsprozess in Abhängigkeit der Einkommenshöhe in 6 Gruppen. Dabei sind die ärmsten 10 Prozent der Haushalte die

kinderreichsten mit einem Schnitt von 1,3 Kindern pro Haushalt. In den reichsten 10 Prozent der Haushalte leben dagegen im Durchschnitt lediglich 0,3 Kinder.

Von den Einnahmen der Haushalte (Löhne, Sozialleistungen, Kapitaleinkommen) werden die Zwangsausgaben (Steuern, Beiträge an die Sozialversicherungen, Prämien, Miete) subtrahiert und so das verfügbare Einkommen (für Nahrungsmittel, Mobilität, Kleidung usw.) ermittelt.

Was sagt die Tabelle aus? Die Einnahmen haben in allen Gruppen zugenommen, am stärksten bei den reichsten 10 Prozent, was nicht überrascht. Deutlich aber auch bei den ärmsten 10 Prozent, aber am schwächsten bei den unteren 10–25 Prozent. Entscheidend für den Lebensstandard sind jedoch nicht die Einnahmen, sondern das

⁴ Müller André / Michael Marti / Renger van Nieuwkoop (2002): Globalisierung und die Ursachen der Umverteilung in der Schweiz, Studie im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft seco, Bern.

⁵ Das Einkommen pro Äquivalenzperson gibt das Einkommen eines Haushaltes im äquivalenten Einkommen eines Einpersonenhaushaltes mit gleichem Wohlstandsniveau an.

Tabelle: Das verfügbare Einkommen pro Jahr, geordnet nach Einkommensstärke, 1990 und 1998, in CHF

| | | ärmste 10% | 10%-25% | 25%-50% | 50%-75% | 75%-90% | reichste 10% |
|-------|---|-------------------|----------------------|---|---------|-------------|--------------|
| | | Armutsbevölkerung | untere Mittelschicht | obere Mittelschicht (inkl. linksliberale Mittelschicht) | | Oberschicht | |
| 1990 | Einnahmen | 22'016 | 33'817 | 44'305 | 59'508 | 78'554 | 122'110 |
| 1998 | Einnahmen | 23'919 | 35'018 | 47'269 | 63'380 | 84'177 | 142'830 |
| 90/98 | Differenz der Einnahmen, absolut | 1'903 | 1'201 | 2'964 | 3'872 | 5'623 | 20'720 |
| 90/98 | Differenz der Einnahmen, relativ | 8.6% | 3.6% | 6.7% | 6.5% | 7.2% | 17.0% |
| 1990 | verfügbares Einkommen | 14'965 | 22'561 | 29'138 | 38'922 | 52'255 | 82'683 |
| 1998 | verfügbares Einkommen | 12'682 | 20'071 | 28'311 | 38'539 | 52'411 | 92'932 |
| 90/98 | Differenz d. verfügbaren Einkommens, absolut | -2'283 | -2'490 | -827 | -383 | 156 | 10'249 |
| 90/98 | Differenz d. verfügbaren Einkommens, relativ | -15.3% | -11.0% | -2.8% | -1.0% | 0.3% | 12.4% |
| 1990 | Anteil d. verfügbaren Einkommens an den Einnahmen | 68.0% | 66.7% | 65.8% | 65.4% | 66.5% | 67.7% |
| 1998 | Anteil d. verfügbaren Einkommens an den Einnahmen | 53.0% | 57.3% | 59.9% | 60.8% | 62.3% | 65.1% |

verfügbare Einkommen, und dies hat sich an den Rändern der Verteilung, bei den ärmsten 10 Prozent und den reichsten 10 Prozent, extrem differenziert. Für die ärmsten 10 Prozent der Haushalte ist das frei verfügbare Jahreseinkommen in den 90er Jahren deutlich zurückgegangen. Wie die Tabelle zeigt, war es 1998 pro Äquivalenzperson real um rund 2300 Franken tiefer als 1990. Betrug sein Anteil am Gesamteinkommen 1990 noch 68 Prozent, so waren es 8 Jahre später nur noch 53 Prozent, was einem Rückgang von 14 Prozentpunkten entspricht!

Anders die Situation der reichsten 10 Prozent der Haushalte: Zwar sind auch hier die Zwangsausgaben stärker angestiegen als das gesamte Einkommen. Das frei verfügbare Einkommen pro Äquivalenzperson ist aber im betrachteten Zeitraum noch um 10249 Franken (oder gut 12 Prozent) gestiegen.

Die zunehmende Ungleichheit ist nicht auf die ärmsten und reichsten Haushalte beschränkt. Insgesamt ging bei den ärmeren 50 Prozent der Haushalte das frei verfügbare Einkommen zurück, bei den darüber liegenden 40 Prozent der reicheren Haushalte stagnierte es und bei den reichsten 10 Prozent stieg es – wie wir schon gesehen haben – deutlich an.

Eine vereinfachte Zuordnung von Gesellschaftsschichten zu den statistischen Kategorien zeigt folgendes Bild: Die Lage der Armutsbevölkerung hat sich massiv verschlechtert und der Lebensstandard der unteren Mittelschicht ist ebenfalls markant gesunken. Die obere Mittelschicht lebt am Ende der 90er Jahre etwa gleich gut wie zu Beginn. Einzig die Oberschicht konnte ihr verfügbares Einkommen steigern. Dieses Muster der verstärkten Ungleichverteilung könnte aus dem Lehrbuch stammen. Interessant ist, wie diese zustande gekommen ist. Die Erkenntnis lautet, dass für die zunehmende Schieflage der Ver-

teilung primär die Mechanismen des Nationalstaats verantwortlich sind und nicht etwa die Globalisierung. Konkret sind es die gestiegenen Ausgaben bei Kindern, Mieten, Krankenkassenprämien und Steuern, welche zu einem tieferen Lebensstandard der ärmeren Gesellschaftshälfte geführt haben.

Enttäuschte Gerechtigkeit der unteren Mittelschicht...

Eine klare Verschlechterung musste die untere Mittelschicht in den 90er Jahren hinnehmen. Doch wer gehört eigentlich zur unteren Mittelschicht? Ich habe als Kriterium die Höhe des verfügbaren Einkommens gewählt, was natürlich nicht die ganze soziale Lage widerspiegelt und auch von der Lebensphase abhängig ist; so reduzieren Kinder beispielsweise das verfügbare Einkommen ganz stark. Die untere Mittelschicht umfasst die traditionelle Arbeiterschicht, die Beschäftigten der Produktion des zweiten Sektors (Textil, Maschinenindustrie, Bau usw.), FacharbeiterInnen ohne besonderen Status oder ArbeiterInnen ohne Berufsabschluss. Zur unteren Mittelschicht gehören aber auch Angestellte in den privaten Dienstleistungsbetrieben (Servicemonteure, Service-Angestellte, technische Angestellte usw.) sowie RentnerInnen mit bescheidenen Rentenleistungen.

Kennzeichen für die untere Mittelschicht sind relativ geringe Löhne und zunehmend auch unsichere berufliche Perspektiven. Sie ist besonders stark von Statusverlust, Erwerbslosigkeit, Aussteuerung und Verarmung bedroht. Neoliberale Veränderungen schmälern zudem auch den Status jener Angestellten bei der öffentlichen Hand, die bis vor kurzem eine sichere, vergleichsweise gut bezahlte Stelle hatten; so sind beispielsweise die Chauffeure jene Berufsgruppe mit dem grössten Lohnverlust in den vergangenen Jahren. Durch den so-

Für die untere

Mittelschicht

hat sich das

«Tauschverhältnis»

mit dem Staat

negativ verändert.

zialen Wandel, durch Scheidung oder Elternfamilien steigen Personen, v.a. Frauen, materiell in die untere Mittelschicht ab. Ein beträchtlicher Teil der unteren Mittelschicht hat keinen Schweizer Pass.

Für die untere Mittelschicht hat sich das «Tauschverhältnis» mit dem Staat negativ verändert. Steuern, Abgaben, Prämien und Sozialversicherungsbeiträge nahmen zu und das verfügbare Einkommen ab. Viele sind working poor, leben knapp über der Armutsgrenze, aber mit der Begleichung von Steuern und Krankenkassenprämien fallen sie darunter. Gleichzeitig scheint der Staat weder ihre künftigen Altersrenten noch die Ausbildungsperspektiven ihrer Kinder sichern zu können.

Die untere Mittelschicht fühlt sich durch den Staat ungerecht behandelt und versucht dort Korrekturen vorzunehmen, wo es ihr möglich scheint, indem sie Steuerreduktionen unterstützt, obwohl sie davon nicht profitiert hat, wie die Statistik zeigt. Wer zur unteren Mittelschicht zählt, ist stolz darauf, ein finanziell unabhängiges Leben zu führen, das auf die eigene Leistung zurückgeführt wird. Das zunehmend ungünstigere Verhältnis von Kosten und Nutzen mit dem Staat verletzt den für die Mittelschicht wichtigen Wert der Leistungsgerechtigkeit. Der unteren Mittelschicht ist die Kontrolle über ihren Lebensstandard entglitten; trotz erhöhten Anstrengungen in den 90er Jahren ist das verfügbare Einkommen zurückgegangen und die Zukunftsperspektiven unsicherer geworden. Gerechtigkeitserwartungen der unteren Mittelschicht sind zutiefst enttäuscht worden.

Die Leistungsgerechtigkeit, der zentrale Wert der unteren Mittelschicht, wird von Staat und Markt unterhöhlt⁶. Die Erwerbsarbeit wird zunehmend anspruchs-

voller und intensiver, aber die Entlöhnung verbleibt auf dem alten Niveau. Verstärkt wird das Gefühl, dass das Einkommen mit Leistung nur bedingt kontrollierbar ist, auch durch die Entwicklung bei den Löhnen der Manager, die jede Relation zur Leistung verloren haben und einzig mit ihrer aussergewöhnlichen Machtpositionen zu tun haben. Der Flexibilisierungszwang des Neoliberalismus bringt eine neue und oft unzumutbare Verfügbarkeit der Menschen hervor und verstärkt das Gefühl einer starken Fremdbestimmung. Aus Kontrollverlust und sozialer Verunsicherung können intolerante und ausgrenzende Einstellungen folgen. Das Kontrollkonzept besagt, dass Personen, deren Handlungen stark external bestimmt sind, autoritär und ausgrenzend reagieren und als Folge davon Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung von sozialen Schwachen zunehmen⁷. Die in der unteren Mittelschicht populäre Forderung nach «mehr Leistungsgerechtigkeit» wendet sich unter solchen Umständen gegen Ausgesteuerte, SozialhilfeempfängerInnen oder AsylbewerberInnen, indem deren finanzielle Unterstützung von einer «Gegenleistung» abhängig gemacht wird. Eine Position, die mit dem «Dritten Weg» auch in der Sozialdemokratie eine Basis gefunden hat.

... und der linksliberalen Mittelschicht

Personen der linksliberalen Mittelschicht sind materiell gut gestellt und konnten ihren Status in den 90er Jahren auf hohem Niveau halten. Sie streben sinnerfüllte Lebensstile an, die mit ihren Wertvorstellungen übereinstimmen, wie beispielsweise eine gleichmässige Verteilung der Erwerbs- und Familienarbeit zwischen den

⁶ Mahnkopf, Birgit (2000): Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit. Zur Neuinterpretation der sozialen Frage im globalen Kapitalismus; in PROKLA Nr. 4.

⁷ Heitmeyer, Wilhelm (2001): Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus; in Loch, Dietmar und Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), Schattenseiten der Globalisierung, edition suhrkamp.

Geschlechtern. Viele von ihnen engagieren sich bei den Organisationen der Zivilgesellschaft und einige auch bei den linken Parteien. Ihr politisches Interesse gilt einem guten Zusammenleben der unterschiedlichen Gruppen und einem würdigen und gerechten Umgang mit den Schwächsten in der Gesellschaft. Selbstverständlich ist der Sozialstaat auch im materiellen Interesse dieser Gruppe. Sie ist materiell so gut positioniert, dass sie im Allgemeininteresse auch einer Umverteilung zu ihren Ungunsten zustimmen kann. Doch auch ihre Gerechtigkeitserwartungen werden durch Fremdenfeindlichkeit, eine zunehmend repressivere Flüchtlingspolitik und dem fehlenden politischen Willen für eine bessere Integration der Ausländer und Ausländerinnen stark enttäuscht. Die Folgen davon sind Politikverdrossenheit, Rückzug aus der Politik, fehlendes Engagement und letztlich ein Verlust der Ideale.

Enttäuschte Gerechtigkeit, die es bei beiden für die Linke relevanten Gesellschaftsschichten gibt, ist der Nährboden für Rechtspopulismus und Politikabstinenz. Ein linke Politik mobilisiert nur dann ausreichend, wenn beide Gruppen – untere sowie linksliberale Mittelschicht – sich und ihre Gerechtigkeitsvorstellungen darin wiederfinden. Wie können Verteilungsfragen und Fragen der Anerkennung zusammengebracht werden? Die untere Mittelschicht wird dann die offene Schweiz mittragen, wenn sie sich gerecht behandelt fühlt. Und die linksliberale Mittelschicht wird nur dann zu Verteilungskorrektur zu ihren Ungunsten bereit sein, wenn sich eine Perspektive für eine solidarische Gesellschaft abzeichnet. Vor diesem Hintergrund plädiere ich für eine linke Politik, welche Anerkennung aller gesellschaftlichen Gruppen und insbesondere Bedarfsgerechtigkeit der sozial Schwächsten mit einer leistungsgerechteren materiellen Besserstellung der unteren Mittelschicht in Zusammenhang bringt.

Soziale Ungleichheit kein Thema?

Der Trend zu einer immer egalitäreren Einkommensverteilung hat sich seit den 80er Jahren in allen westlichen Industrieländern markant umgekehrt und die soziale Ungleichheit müsste eigentlich ein grosses Thema unserer Zeit sein, erst recht einer linken Politik⁸. Warum das nicht so ist, liegt natürlich an der langwährenden Dominanz des Neoliberalismus. Aber nicht darauf, sondern auf einen anderen Punkt möchte ich hinweisen. Was in der Sprache über Gesellschaft nicht abgebildet wird, kann auch nicht zu einem politischen Thema werden. Denn häufig wird ausgeblendet, dass die Gesellschaft vertikal, d. h. einkommensabhängig gegliedert ist. Bei den Verteilungskonflikten beobachten wir eine Verlagerung von der vertikalen, einkommensabhängigen zur horizontalen Ebene zwischen unterschiedlichen Gruppen. Leben die Alten auf Kosten der Jungen, Singles auf Kosten der Familien? Bei solchen Fragen werden die Gruppen als homogen betrachtet, ungeachtet dessen, dass es reiche und arme Alte, reiche und arme Singles wie Familien gibt. Im Zuge des «Individualismus» ist der Gesellschaft das Verständnis für die soziale Schichtung, das Klassenbewusstsein abhanden gekommen.

«Ein Plädoyer für mehr Klassenbewusstsein – das mag sich antiquiert anhören, wie die Aufforderung zur Rückkehr in die Denkwelten der Arbeiterbewegung vor hundert Jahren. Es heisst aber nur, dass wir ein geschärftes Bewusstsein dafür brauchen, in einer Welt zu leben, die immer noch durch soziale Ungleichheit, durch Schichtung und Klassendifferenzen geprägt wird. Das weiter zu verdrängen, kann angesichts der rasanten Veränderungen, wie wir sie zum Beispiel in der Informations- und Wissensökonomie erle-

⁸ Nolte, Paul (2001): Unsere Klassengesellschaft, in die ZEIT Nr. 2.

**Enttäuschte
Gerechtigkeit
bei den für die
Linken relevanten
Gesellschafts-
schichten
ist der Nährboden
für Rechts-
populismus und
Politikabstinenz.**

ben, und angesichts der demografischen Veränderungen, denen wir nicht ausweichen können, politisch gefährlich sein... Mit Klassenkampf hat das gar nichts zu tun, wohl aber mit gesellschaftlicher Selbstaufklärung.»⁹

Werden in der Politik Gruppenbezeichnungen gewählt, die eine Schichtung der Gesellschaft zum Ausdruck bringen, so sind es in der Regel drei, die präsent sind: Die grösste Aufmerksamkeit erheischen die «Grossverdiener» und der «Mittelstand». Die Linke sorgt zusammen mit den Organisationen der Zivilgesellschaft für eine Repräsentation der «Armutbevölkerung». Die untere Mittelschicht ist nicht präsent oder allenfalls im Bild vom «kleinen Mann von der Strasse». Die im politischen Raum konkurrierenden Massnahmen der Armutsbekämpfung und der steuerlichen Entlastung bringen der unteren Mittelschicht keinen grösseren Nutzen.

Konzept für die klassische Verteilungspolitik nötig

Die Linke hat sich immer wieder und auch mit Erfolg für den sozialen Ausgleich und eine bessere Stellung der unteren Mittelschicht eingesetzt. Es sind viele einzelne, für sich allein unspektakuläre Massnahmen wie z. B. die gebrochene Rentenformel bei der AHV, eine Erhöhung der Kinderzulagen oder die Verteidigung des Mischindex von AHV/IV. Zwei Volksinitiativen vom 18. Mai setzten bei den stärksten Ungleichheitsfaktoren der 90er Jahre an, bei den Mieten und den Prämien der Krankenkassen (und ihre Ablehnung verschärft wohl die finanzielle Stellung der unteren Mittelschicht). Warum genügt dies

⁹ Nolte, Paul (2001): Unsere Klassengesellschaft, in die ZEIT Nr. 2.

allein nicht? Es gibt keinen klaren Adressaten – ein vages «Viele würden profitieren» reicht nicht, Zusammenhänge werden zu wenig deutlich, Kontinuität nicht ersichtlich. Nötig wäre ein eigentliches Konzept zur Verteilungspolitik, welches Zielsetzung, Adressaten, Spannungsfelder, Zusammenhänge und zentrale Massnahmen beinhaltet, ein Konzept, wie es die SPS in der Familienpolitik entwickelt hat.

Ein konzeptionell zu bearbeitendes Spannungsfeld beispielsweise besteht darin, dass die untere Mittelschicht immer wieder für Steuersenkungen votiert, obwohl die Ungleichheit damit eher zunimmt. Soziale Steuern wie eine Erbschaftssteuer oder eine Reichtumssteuer haben bei ihr keine Chance; aber sie gehören zweifellos in Instrumentenkasten einer linken Umverteilungspolitik. Und wo sollte eine Umverteilungspolitik ansetzen? Eine vorläufige Antwort liefert die Statistik mit vier hauptsächlichlichen Ansatzpunkten: Mieten, Prämien der Krankenversicherung, Steuern und Kinderkosten¹⁰. Nicht ein Kulturkampf, sondern ein Verteilungskampf tobt. Nicht Positionierung allein ist gefragt, sondern eine finanzielle Entlastung der unteren Mittelschicht und vor allem der Familien. Denn so werden Vertrauen in den Staat zurückgewonnen und fremdenfeindliche Einstellungen abgebaut. Die Stärkung einer offenen und solidarischen Schweiz, die alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermassen akzeptiert, führt nicht über pädagogische Massnahmen und Moralappelle, sondern über eine gerechtere Verteilung, von der insbesondere die untere Mittelschicht profitieren müsste.

¹⁰ Bauer, Tobias Baumann, Beat (2003): Familien, Armut und Politik; in FamPra.ch Nr. 2.

Beat Baumann ist Ökonom und Redaktor der Roten Revue